



Stadtverband Oer-Erkenschwick

Kommunalwahlprogramm

**Kommunalwahl in
Nordrhein-Westfalen
am 13.9.2020**

Inhaltsverzeichnis:

- Präambel
 - Lokale Konsequenzen aus der Corona-Pandemie
- Die LINKE ist sozial!
- Die LINKE ist antirassistisch!
- Die LINKE ist realistisch!
- Die LINKE ist ökologisch!
- Die LINKE ist weltoffen!

Präambel

Eine wesentliche Forderung der LINKEN hat sich realisiert: Das Maritimo wurde rekommunalisiert. Es war – wie lange voraus-gesagt - die einzige Chance, die Freizeiteinrichtung unter städtischen Einfluß zu erhalten. Einen – gegen unseren Willen favorisierten - Golfplatz auf der Halde gibt es ebenfalls nicht.

Auf unsere Initiative ist die Stadt dem bundesweiten Bündnis von Kommunen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer beigetreten und alle Parteien haben sich unserem Vorschlag zur massiven Erhöhung der Vergnügungssteuer angeschlossen.

Die politische Landschaft hat sich ebenfalls verändert: die SPD hat aufgrund von Abspaltungen an Kraft verloren und ist verstärkt zu Kooperationen gezwungen. Die Rechtsextremen haben durch die Übernahme der UBP durch die AfD Einzug in den Rat gehalten. Wir werden künftig alle anderen Fraktionen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Rassismus und Faschismus auffordern.

Für kommende Herausforderungen im Umweltschutz hat sich der Rat auf unsere Initiative hin verpflichtet, künftige Ent-scheidungen auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu überprüfen. Der neue Rat muss sich verpflichten, weiterhin dem sozial-verträglichen Klimaschutz Priorität einzuräumen.

Die Kluft zwischen arm und reich ist auch in Oer-Erkenschick offensichtlicher geworden. Wesentlich dazu beigetragen haben die Regelungen unter HARTZ IV und die Lebens-

bedingungen von Werksarbeitern in der örtlichen Fleischindustrie. Der neue Rat muss sich auf allen politischen Ebenen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Menschen einsetzen.

Zusammengefasst:

Wir als LINKE setzen uns dafür ein, dass Oer-Erkenschwick künftig sozialer, antirassistisch und klimafreundlich wird.

Aus aktuellem Anlass:

Lokale Konsequenzen aus der Corona-Pandemie

Wir werden im Zusammenspiel mit den umliegenden Gemeinden und gemeinnützigen Initiativen die Lücken in der Versorgung **mit notwendigen Materialien (Testutensilien, Masken, Hygieneartikel)** und die Unterstützung der Bevölkerung sicherstellen. Dazu werden wir die Erfahrungen der Krisenstäbe nutzen. Unter anderem sollte darin geregelt werden, wie kreisweit auf die Unternehmen eingewirkt wird, die sich durch eine unzureichende Unterbringung ihrer Beschäftigten hervorgetan haben.

Die Corona-Pandemie hat die bekannten Wege in der Politik

zur Entscheidungsfindung weitgehend außer Kraft gesetzt. Die demokratische Öffentlichkeit muss aufrechterhalten bleiben. Dadurch wird die Akzeptanz der Entscheidung erhöht. Die Linke gehört zu den wenigen Parteien, die auch in dieser Zeit den Kontakt zur Verwaltung aufrechterhielt. Wir haben in dieser Situation vorgeschlagen, zumindest den Haupt- und Finanzausschuss wieder häufiger tagen zu lassen, um die Diskussion weiterhin zu ermöglichen. Durch ein Maximum an öffentlicher Diskussion wird den Verschwörungstheoretikern der Boden entzogen.

Sie hetzen viele Menschen mit ihren psychotischen Sprüchen auf und wiegen sie grob fahrlässig in Sicherheit.

Sie lenken von Ursachen der Krise (das gilt auch für künftige Umweltkatastrophen und Kriege) und den Problemen ihrer Bewältigung ab. Die liegen immer noch in der ungerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums weltweit aber auch vor Ort. Das können wir durch die gerechtere Besteuerung von Reichtum und eine soziale Arbeitsmarktpolitik vor Ort ändern. Wichtig ist ebenfalls, dass wir versuchen, die Situationen unter Quarantänebedingungen für einige Bevölkerungsgruppen erträglicher zu machen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Kinderbetreuung in Notgruppen nicht nur für sog. systemrelevante Berufsgruppen gewährleistet sein muss, sondern auch Entlastung für Kinderreiche, beengt Wohnende und chronisch Kranke bieten muss.

Corona-Krise:
**Was jetzt zählt:
Zusammenhalt und
Solidarität**

Die Linke ist sozial!



Wir brauchen eine kommunale Arbeitsmarktkonferenz, in der die lokale Wirtschaft, die sozialen Beschäftigungsinitiativen, Gewerkschaften, Erwerbslose und die Arbeitsverwaltung Vorschläge zum Abbau Erwerbslosigkeit in Oer-Erkenschwick entwickeln.

Wohnungsbau

Oer-Erkenschwick muss die Wohnungspolitik selbst zu einem Schwerpunkt machen – wir brauchen eine stadteigene Wohnungsbaugesellschaft. Sie soll ein wirksames Instrument für eine soziale Wohnungspolitik werden.

Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die auch

- die öffentliche, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wiederbelebt,
- die Wohnraumversorgung nicht dem Markt überlässt,
- gesundheitsfördernd, ökologisch nachhaltig und barrierefrei ist

Eine Wohnungsbaugesellschaft wird durch das vermehrte Angebot von mietbaren Wohnungen auch in Baulücken und nach energetischen Kriterien in die Höhe gebauten Häusern

zum Klimaschutz beitragen und den wohnraumbedingten Flächenfraß minimieren.

Kinder / Jugend

Fast jedes vierte Kind in Oer-Erkenschwick lebt in Armut. Dies berichten nicht nur die SchulsozialarbeiterInnen in den städtischen Gremien. Oer-Erkenschwick nimmt somit einen traurigen Spitzenplatz bei den Städten im Kreis Recklinghausen ein. Wir müssen deshalb zu einer Stadt werden, in der Perspektiven für die Familien der Kinder geschaffen werden: Beschäftigungs- und Wohnperspektiven, die generationsübergreifend wirken.

Wir brauchen jugendfreundlichere Freizeitangebote, mehr Partizipationsmöglichkeiten. Die Jugend will gehört werden und wir werden ihnen weitere Bühnen bieten: Die Linke. Oer-Erkenschwick hat schon in der Diskussion um den Standort des KiJuPas in die Diskussion eingebracht, dass wir ein neues innerstädtisches Angebot in Form eines offenen Jugendtreffs mitten in der Stadt für sinnvoll halten. Hier bieten sich Leerstände an.

Auch bietet sich die Linksjugend für eine politische Jugendarbeit an.

Mit dem Jugendtreff hätten Jugendliche eine Anlaufmöglichkeit und können weitergehende Initiativen entwickeln. In der Diskussion mit dem KiJuPa und dem Jugendhilfeausschuss soll das Jugendamt dazu einen Vorschlag erarbeiten.

Die Linke ist antirassistisch!

Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Dabei strotzen ihre sozialpolitischen Programme nur so von Angriffen auf die Besitzstände der Lohnabhängigen. Außerdem attackieren sie verbal und körperlich u.a. Geflüchtete, Migrant*innen und viele andere, die nicht in ihr autoritäres rechtes Weltbild passen.

Wir werden weiterhin in Rat und in der Öffentlichkeit ihre im Faschismus verwurzelte Ideologie anprangern, die Methoden ihrer Propaganda offenlegen und die etwaige Zusammenarbeit dieser Parteien mit anderen Fraktionen skandalisieren.



DIE LINKE unterstützt das städtische Mahnmal für Zwangsarbeiter*innen und setzt sich darüber hinaus ein für:

- die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus, die einst in Oer-Erkenschwick gelebt haben und
- für die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten der Verbrechen des Faschismus.

Zudem wird sie die Weiterführung der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zur Wiederbelebung der

inhaltlichen Auseinandersetzung in Richtung eines lokalen Wettbewerbs aller Schulen für einen Antirassismuspreis anregen.

Die Linke ist realistisch!

Stadtentwicklung

Der von Bundes- und der Landesregierung ins Spiel gebrachte kommunale Rettungsschirm kann weder jetzt noch in Zukunft für Kommunen in Haushaltssicherung kreditbasiert sein. Nicht nur die Oer-Erkenschwicker koronabedingten Einnahmeausfälle in 2020 über drei Millionen müssen durch einen Zuschuss gedeckt werden, damit wir auch in Zukunft OGS- und KiTa-Gebühren, die Kosten der Digitalisierung und für unsere Projekte zur Daseinsvorsorge (z.B. Maritimo) übernehmen können.

Die verordnete „Schuldenbremse“ hat uns aber den Spielraum für dringende soziale Leistungen und für viele notwendige Investitionen genommen.

Weil alle Menschen unter guten Bedingungen leben sollen, werden wir Druck machen für einen Altschuldenfonds. Dieser soll unsere Schulden aus den Liquiditätskrediten übernehmen.

Bund und Land müssen diesen Schirm durch Reichensteuern finanzieren und ökologisch managen.

Wir werden Druck machen für eine Gemeindegewerbesteuer, die die Gewerbesteuer ersetzt. Dies brächte jährlich 25 Milliarden Euro für die Kommunen.

Steueroasen trocken legen!

DIE LINKE.



Aus der toten Innenstadt wollen wir eine Fußgängerzone machen, die sich neu entwickeln kann.

Wir unterstützen die Bemühungen der Stadt, in Besitz des sog. Klemm-Kaufhauses zu kommen. Es gehört abgerissen. Unserer Meinung nach muss da auch nichts Neues hin. Die freie Fläche öffnet die City Richtung zum Stadtpark.

Seit langem fordern wir, die untere Stimbergstraße zur Fußgängerzone zu machen. Mit dem sich abzeichnenden Mobilitätskonzept als Bestandteil des - in Bürger*Innenversammlungen besprochenen - Konzepts der integrierten Stadtentwicklung scheint sich endlich eine politische Lage zu entwickeln, die dies mehrheitsfähig macht. Die Stimbergstraße ist damit als Durchgangsstraße Geschichte und muss somit nicht mehr als Parkfläche für nicht mehr vorhandene Geschäfte herhalten.

Zusätzlich machen die zu erwartenden Gesetze gegen Werksverträge in der Fleischindustrie und für eine menschenwürdigere Unterkunft nur kurzzeitig Beschäftigter das Geschäftsmodell skrupelloser Subunternehmer kaputt, die überbeuerten Wohnraum zu menschenunwürdigen Bedingungen vermieten. Damit entsteht ein neuer Zwang für die Immobilienbesitzer sich nach Alternativen umzuschauen. In dieser Situation hat die untere Stimbergstraße langfristig eine Chance, als Flaniermeile mit Gastronomie, kleinen besonderen

Geschäften und vielleicht auch Kulturangeboten eine Alternative zu den „Einkaufstempeln“ an den Kreisverkehren zu werden.

Wir werden weiterhin die Landesinitiative gegen die Erhebung von Straßenbaugebühren unterstützen. Solange die Gesetze aber keine andere Wahl zulassen, werden wir uns für sozialverträgliche Lösungen für jeden einzelnen Betroffenen vor Ort einsetzen: akzeptable Kredite, Stundungen usw. Keiner soll sich wegen der Straßenbaugebühren existenzbedrohend verschulden oder gar sein Hab und Gut verlieren.

Tourismus

Die Zechenbahntrasse ist durch die Wiedereröffnung der Oerer Brücke wieder attraktiver geworden. Das Teilstück zwischen Oer und Biostation muss neu geebnet werden. Der Vollzug der Anbindung der Zechenbahntrasse in Oer-Erkenschwick an die überregionalen Radwege kann einen wesentlichen Beitrag zur Belebung des Tagestourismus leisten. Davon können Handel und Gastronomie profitieren. Das endlich rekommunalisierte Maritimo und die Freizeitmöglichkeiten in der Haard sind bereits vorhandene Standbeine dafür.

Verkehrskonzept

Radfahrer und Radfahrerinnen müssen auf allen Straßen vor Raserei geschützt werden. Deswegen unterstützen wir Tempo 30 überall.

Eine Reihe von vorhandenen Radwegen ist diese Bezeichnung nicht wert: z.B. auf dem Stück zwischen VHS und Friedhof. Wir brauchen klare Abgrenzungen und die Reparatur der vorhandenen Radwege, wir brauchen dringend einen behörden- und geschäftsnahen Ausbau der Radparkplätze (mit Lademöglichkeiten für E-Bikes) und gleiches Recht für Radfahrer und Fußgänger an den Kreisverkehren.

Zur überörtlichen Radnutzung muss der ÖPNV radfreundlicher werden, indem er die Mitnahmemöglichkeit von Rädern verbessert.

Gemeinsam mit dem Mobilitätskonzept des Regionalverbandes Ruhr finden wir: „Die Menschen sollen sich in ihrem Quartier wohlfühlen. Dazu gehört eine flexible, bedarfsgerechte und kollektiv nutzbare Mobilität: mit gut ausgebauten Fuß- und Radwegen, ausreichend Fahrradstellplätzen, einer guten ÖPNV-Anbindung und Sharing-Angeboten. Das erhöht die Anzahl der individuell nutzbaren Mobilitätsangebote und senkt zudem Belastungen durch Lärm und Abgase.

Intelligente Citylogistik ist ein weiterer Baustein zum lebenswerten Quartier: Depots im Stadtteil ermöglichen, dass Pakete zentral gesammelt und zum Beispiel mit Lastenrädern zugestellt werden. Durch diese Art des Warentransports sinkt die Verkehrsdichte in den Wohnvierteln und es steigt die Lebensqualität.“

Ebenso unterstützt die Linke Oer-Erkenschwick die mit dem RVR entwickelte Initiative zur Wiederbelebung der Hamm-Osterfelder-Bahnlinie, die aktuell nur vom Güterverkehr genutzt wird. Diese verbindet Hamm mit Oberhausen. Für eine wesentliche Attraktivitätssteigerung des Bahnangebots in

unserer Region spielt sie eine entscheidende Rolle:

Insbesondere in Richtung Lünen gibt es nur wenige Busverbindungen. Die Hamm-Osterfelder-Bahn würde gute Verbindungen von Hamm nach Waltrop, Datteln, Recklinghausen, Gelsenkirchen-Buer, Bottrop, Essen und Oberhausen bieten, eine wichtige Ader ins Herz des Ruhrgebietes. Weitere Verkehrsströme auf der Straße können so vermieden und somit ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Eine direkte Verbindung vom Berliner Platz zu einem neu zu schaffendem Haltepunkt in Datteln würde diese Entwicklung unterstützen. Wir werden hier das gemeinsame Vorgehen mit der Nachbarstadt Datteln anregen.

Die Linke ist ökologisch!

Wir haben als Linke im letzten Jahr eine Klimaresolution eingebracht, der sich alle Ratsfraktionen angeschlossen haben. Darin verpflichteten sich Rat und Verwaltung, künftige Beschlüsse auf ihre Klimawirkung zu bewerten. Dabei sollen die Wege für Klimaneutralität oder Klimastabilisierung konkretisiert werden. Auf diesem Weg wollen wir weitermachen, wohl wissend, dass durch einen plakativen Beschluss noch keine positive Klimapolitik garantiert wird.

Die Zusammenarbeit von parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen ist die Grundlage für die Rettung der ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen weltweit und damit auch vor Ort. Aus diesem Grund werden wir auch weiterhin die Initiativen wie FridaysForFuture oder Extinction Rebellion u.a. gegen Datteln IV unterstützen.



Die bereits begonnene, genossenschaftliche Nutzung von Solarenergie auf dem Dach einer Schule muss durch die intensivere Beratung von Bauinteressenten für das klimaneutrale Bauen ausgeweitet werden. Dem Interesse vieler Bauwilliger an Oer-Erkenschwick steht unser berechtigtes Interesse für nachhaltiges Bauen gegenüber. Dies muss verstärkt eingefordert werden.

Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden. Die fleischverarbeitende Industrie muss zur Erhaltung der Arbeitsplätze darin eingebunden werden. Deswegen ist es eines unserer zentralen ökologischen Anliegen, neben dem Klimaschutz die Initiative „Stoppt Westfleisch“ zu unterstützen: Böden, Luft und Grundwasser sind für diese Überproduktion nicht geschaffen.

Die Linke ist weltoffen!

Kriege um Energieressourcen, unmenschliche Lebensbedingungen in Armut und ökologische Krisen haben die Flüchtlingsströme in der Welt größer werden lassen. Der

Zustrom der Hilfebedürftigen geht auch an unserem Land nicht vorbei. Die Linke hat sich 2016 an der Erstellung des Betreuungskonzeptes für Flüchtlinge in OE beteiligt. Dies wurde von allen Parteien im Rat akzeptiert und endete mit der Feststellung, dass einem Betreuungskonzept ein Integrationskonzept für die Flüchtlinge folgen muss, die hier bleiben wollen.

Die Aufgabe des neuen Rates und der Verwaltung muss sein, ein Integrationskonzept für Geflüchtete in unserer Stadtgesellschaft zu erstellen, um Ghettoisierung und Ausgrenzung auf allen Ebenen entgegenzuwirken. Dabei müssen beide Seiten für die kritische Hinterfragung von Werten und Normen offen sein.

Wir wollen vorbereitet sein, wenn Westfleisch die ausbeuterischen Werkverträge abschafft und vermehrt Arbeitsmigration nach Oer-Erkenschwick stattfindet. Diese und alle anderen Bewohner und Bewohnerinnen unserer Stadt mit Migrationshintergrund sollen auch Gelegenheit haben, an der politischen Willensbildung teilzunehmen.



Wir wollen eine Stadt für Alle!

Deswegen werden wir uns für die Bildung eines Integrationsrates einsetzen, der die Entscheidungen des Rates und der Verwaltung begleitet.

